

Schriften zum Prozessrecht

Band 264

Die Musterfeststellungsklage

Streitgegenstand / Rechtshängigkeit /
Musterfeststellungsurteil

Von

Anna Amrhein



Duncker & Humblot · Berlin

ANNA AMRHEIN

Die Musterfeststellungsklage

Schriften zum Prozessrecht

Band 264

Die Musterfeststellungsklage

Streitgegenstand / Rechtshängigkeit /
Musterfeststellungsurteil

Von

Anna Amrhein



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Würzburg
hat diese Arbeit im Jahr 2019
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0219
ISBN 978-3-428-15938-3 (Print)
ISBN 978-3-428-55938-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis August 2019 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Inge Scherer, die diese Arbeit sehr engagiert betreut und durch ihre wertvollen Anregungen wesentlich zu ihrem Gelingen beigetragen hat – ich werde ihre Unterstützung und ihr stets offenes Ohr in bester Erinnerung behalten. Auch Herrn Prof. Dr. Christof Kerwer danke ich für die freundliche und zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Prof. Dr. Ralf Brinktrine, an dessen Lehrstuhl ich während der Anfertigung dieser Arbeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war, bin ich für die lehrreiche und inspirierende Zeit in seinem Team sehr verbunden.

Den zahlreichen Personen, die mich während meines Promotionsvorhabens in vielfältiger Art und Weise motiviert und mir Rückhalt gegeben haben, danke ich herzlich. Hervorheben möchte ich Frau Valerie Merz und Herrn Christopher Jany, die mich insbesondere bei der Fertigstellung der Arbeit durch ihr zeitintensives und sorgfältiges Korrekturlesen unterstützt haben.

Aus ganzem Herzen danke ich schließlich meinen Eltern, Silke und Eberhard Amrhein. Ohne ihre bedingungslose Liebe und stetige Unterstützung wäre diese Arbeit niemals geschrieben worden. Ihnen ist sie gewidmet.

Würzburg, im Januar 2020

Anna Amrhein

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung 23

A. Anlass der Untersuchung	23
B. Gang der Untersuchung	24

Kapitel 2

Kollektiver Rechtsschutz – eine Herausforderung für das Erkenntnisverfahren 26

A. Die Aufgaben und der Zweck des Zivilprozesses	26
B. Kollektivinteressen: Öffentliche Interessen und Gruppeninteressen	28
C. Kollektiver Rechtsschutz	29
D. Typisierung von Schäden	31
I. Streu-/Bagatellschäden	32
II. Massenschäden	33
E. Zusammenfassung/Fazit	34

Kapitel 3

Die Einführung der Musterfeststellungsklage 35

A. Das Gesetzgebungsverfahren	35
B. Ziele der Musterfeststellungsklage	38
I. Effektiver Rechtsschutz	39
II. Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung	40
III. Justizentlastung	40
IV. Standortfrage – Stärkung des deutschen Gerichtsstandortes	41
V. Ordnungspolitische Gründe und kollektive Interessen	41
VI. Zusammenfassung	42
C. Das Verfahren nach den §§ 606 ff. ZPO	43
I. Systematik und Überblick	43

II.	Erste Stufe: Das Musterfeststellungsverfahren	44
1.	Einleitung des Verfahrens	45
a)	Die qualifizierte Einrichtung	45
b)	Der Beklagte	46
c)	Zuständigkeit eines Oberlandesgerichts gemäß § 119 Abs. 3 GVG, § 32c ZPO	47
d)	Die Klageschrift, § 606 Abs. 2 ZPO	48
e)	Folgen der Rechtshängigkeit	49
2.	Bekanntmachung im Klageregister gemäß §§ 607, 609 ZPO	50
3.	Eintragung der Verbraucher in das Klageregister, § 608 ZPO	52
a)	Anmeldung von Ansprüchen	52
b)	Abmeldung	54
c)	Wirkungen der Anmeldung zum Klageregister	54
4.	Zulässigkeit der Musterfeststellungsklage nach § 606 Abs. 2, 3 ZPO	56
5.	Die Verhandlung, § 610 Abs. 4, 5 ZPO	57
a)	§ 610 Abs. 4 ZPO	57
b)	§ 610 Abs. 5 ZPO	58
c)	Stellung des Beklagten im Musterfeststellungsverfahren	60
d)	Stellung des Verbrauchers im Musterfeststellungsverfahren	60
6.	Beendigung des Verfahrens	61
a)	Abschluss durch Urteil, §§ 612, 613 ZPO	61
b)	Beendigung durch Vergleich, § 611 ZPO	62
c)	Bekanntmachung im Klageregister	64
7.	Das Rechtsmittel der Revision, § 614 ZPO	65
8.	Kosten und Finanzierung des Musterfeststellungsverfahrens	65
III.	Zweite Stufe: Das Folgeverfahren	66
1.	Folgeverfahren nach Musterfeststellungsurteil	67
a)	Angemeldete Verbraucher	67
b)	Nicht-Verbraucher und nicht (mehr) angemeldete Verbraucher	68
2.	Folgeverfahren nach Vergleich im Musterfeststellungsverfahren	68
a)	Angemeldeter und nicht ausgetretener Verbraucher mit ausgesetztem Verfahren	68
b)	Angemeldeter und nicht ausgetretener Verbraucher ohne vorheriges Verfahren	69
c)	Nicht-Verbraucher, ausgetretener bzw. nicht angemeldeter Verbraucher	69
IV.	Zusammenfassung	69

*Kapitel 4***Kollektiver Rechtsschutz in Deutschland bis zum 31. Oktober 2018** 71

A. Kollektive Rechtsschutzverfahren	71
I. Kapitalanlegermusterverfahren	71
1. Einführung zum KapMuG	72
2. Ablauf des Kapitalanlegermusterverfahrens	73
a) Vorlageverfahren	73
b) Musterverfahren	74
c) Ausgangsverfahren	75
3. Zusammenfassung und Fazit	76
II. Verbandsklagen	76
1. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch nach UWG/GWB	77
2. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch nach UKlaG	78
3. Gewinnabschöpfungsklagen nach UWG/GWB	78
4. Zusammenfassung und Fazit	79
B. Bündelungsmöglichkeiten von Verfahren nach der Zivilprozessordnung	79
I. Streitgenossenschaft gemäß §§ 59, 60 ZPO	80
II. Nebenintervention nach §§ 66 ff. ZPO	81
III. Verfahrensverbinding nach § 147 ZPO	82
IV. Verfahrensaussetzung, § 148 ZPO, und Ruhen des Verfahrens, § 251 ZPO	83
V. Einziehungsklage gemäß § 79 Abs. 2 Nr. 3 ZPO	84
VI. Interessengemeinschaft	85
VII. Musterprozess	86
VIII. Zusammenfassung/Fazit	87
C. Alternative Streitbeilegung	88
D. Zusammenfassung/Fazit	89

*Kapitel 5***Der Streitgegenstand der Musterfeststellungsklage** 90

A. Das Streitgegenstandsverständnis der Zivilprozessordnung	90
I. Definition des Streitgegenstandes	90
1. Materiell-rechtliche Theorien	91
2. Prozessuale Theorien	91
a) Zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff	92

b) Eingliedriger Streitgegenstandsbegriff	93
3. Der relative Streitgegenstandsbegriff	93
II. Die Kernpunkttheorie des EuGHs	94
III. Zusammenfassung/Fazit	95
B. Der Streitgegenstandsbegriff anderer kollektiver Verfahren	95
I. Der Streitgegenstandsbegriff im KapMuG	95
II. Das Streitgegenstandsverständnis bei Verbandsklagen	97
III. Zusammenfassung/Fazit	98
C. Der Streitgegenstand der Musterfeststellungsklage	98
I. Rechtsschutzziele des Musterfeststellungsverfahrens	99
II. Die Feststellungsziele im Musterfeststellungsverfahren	99
1. Die Feststellungsziele nach § 606 Abs. 1 S. 1 ZPO	100
a) Die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen i. S. v. § 606 Abs. 1 ZPO	100
b) Ansprüche oder Rechtsverhältnisse	102
c) Vorgeiflichkeit	103
d) Inhaltliche Beschränkungen (b2c)	104
2. Unzulässige Feststellungsziele	105
a) Bestehen von Ansprüchen	105
b) Keine individuellen Anspruchsvoraussetzungen	105
c) Subjektive Fragestellungen	106
d) Fraglich: reine Rechtsfragen	107
3. Allgemeine Voraussetzungen von Feststellungszielen	109
a) Bestimmtheitsgebot, § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO	109
b) Gegenwärtiges Rechtsverhältnis	109
4. Zusammenfassung und Fazit zu den Feststellungszielen	110
III. Das Sachentscheidungsinteresse	111
1. Allgemeines	111
2. Das Entfallen des Sachentscheidungsinteresses	112
3. Die Prüfbitte des Bundesrates zum Sachentscheidungsinteresse	112
a) § 3 Abs. 1 Nr. 1 KapMuG	113
b) § 606 Abs. 3 ZPO	114
c) § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	114
d) § 280 ZPO	115
e) Zwischenergebnis	115
4. Fehlendes Sachentscheidungsinteresse bei Rechtsverhältnissen	116
5. Zusammenfassung und Fazit zum Sachentscheidungsinteresse	116

IV.	Der zugrunde liegende Lebenssachverhalt	116
1.	Die Bestimmung des Lebenssachverhaltes nach dem KapMuG	117
2.	Übertragung dieser Überlegungen auf die Musterfeststellungsklage	118
3.	Bestimmung des Lebenssachverhaltes für das Musterfeststellungsverfahren	118
a)	Der beklagte Unternehmer	119
b)	Die den Anspruch bzw. das Rechtsverhältnis begründende Handlung	120
c)	Unbeachtlichkeit individueller Umstände	121
d)	Auswirkung des Inhalts der Bekanntmachung im Klageregister	122
4.	Zusammenfassung und Fazit zum zugrunde liegenden Lebenssachverhalt	123
D.	Zusammenfassung/Fazit	123

Kapitel 6

Die Rechtshängigkeit des Musterfeststellungsverfahrens

		124
A.	Die Rechtshängigkeit im Allgemeinen	124
I.	Dauer und Umfang der Rechtshängigkeit, § 261 Abs. 1 ZPO	124
II.	Wirkungen der Rechtshängigkeit	125
1.	Prozessrechtliche Wirkungen	125
a)	Die Einrede der Rechtshängigkeit nach § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	126
b)	Die perpetuatio fori gemäß § 261 Abs. 3 Nr. 2 ZPO	126
2.	Privatrechtliche Wirkungen i. S. v. § 262 ZPO	126
III.	Zusammenfassung/Fazit	127
B.	Die Rechtshängigkeit eines Verfahrens nach dem KapMuG	127
C.	Die Rechtshängigkeit des Musterfeststellungsverfahrens	129
I.	Bisherige Erkenntnisse aus der Praxis	129
II.	Die Rechtshängigkeit der Musterfeststellungsklage nach § 261 Abs. 1 ZPO	130
1.	Die Rechtshängigkeitssperre nach § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	131
2.	Die Fortdauer der Zuständigkeit gemäß § 261 Abs. 3 Nr. 2 ZPO	131
III.	Die Erweiterung der Sperrwirkung infolge Rechtshängigkeit	132
1.	§ 610 Abs. 1 ZPO	132
a)	Beginn und Umfang	132
b)	Bestimmung der Identität der Feststellungsziele	134
c)	Bestimmung der Identität des zugrunde liegenden Lebenssachverhaltes	135
d)	Windhundprinzip/Zeitwettbewerb	136
e)	Zusammenfassung/Fazit	138
2.	§ 610 Abs. 2 ZPO	138
a)	Die Möglichkeiten nach § 610 Abs. 2 ZPO	139

b) Die Notwendigkeit des Eingangs bei demselben Gericht	139
c) Die Folgen einer Verbindung nach § 147 ZPO	140
d) Zusammenfassung/Fazit	142
3. Weitere zeitliche Konstellationen von Anhängigkeit und Rechtshängigkeit	142
4. § 610 Abs. 3 ZPO	142
a) Voraussetzungen, Eintritt und Dauer	143
b) Abhängigkeit der Individualklage des angemeldeten Verbrauchers von der MFK	144
c) Zusammenfassung/Fazit	145
5. Die Berücksichtigung der Sperrwirkungen im Verfahren	145
6. Zusammenfassung/Fazit	146
IV. Aspekte der Rechtshängigkeit der Musterfeststellungsklage für das MFV selbst	146
1. Klagerücknahme gemäß § 269 ZPO	147
2. Übereinstimmende Erledigungserklärung nach § 91a ZPO	149
3. Nachträgliche objektive Klagenhäufung	150
4. Klageänderung gemäß § 263 ZPO	152
5. Nachträgliche subjektive Klagenhäufung	153
6. Widerklage	154
a) Voraussetzungen und Probleme einer Widerklage im MFV	155
b) Drittwiderklage	157
c) § 15 KapMuG analog als denkbare Alternative	157
d) Zusammenfassung/Fazit	159
7. Beteiligung Dritter	160
8. Zusammenfassung/Fazit	161
V. Auswirkungen der Rechtshängigkeit der Musterfeststellungsklage auf sonstige Verfahren	162
1. Verjährungshemmung, § 204 Abs. 1 Nr. 1a BGB	162
a) Voraussetzungen der Hemmung	162
b) Beginn und Ende der Hemmung	164
c) Folgen und Umfang der Hemmung	165
d) Kritikpunkte	165
e) Zusammenfassung/Fazit	167
2. Die Aussetzung nach § 613 Abs. 2 ZPO	167
3. Die Möglichkeit der Aussetzung nach § 148 Abs. 2 ZPO	169
VI. Zusammenfassung/Fazit	170
D. Zusammenfassung/Fazit	171

Kapitel 7

Das Musterfeststellungsurteil	172
A. Die Urteile eines Musterfeststellungsverfahrens	172
B. Die Rechtskraftwirkung der Urteile im Musterfeststellungsverfahren	174
I. Rechtskraftfähige Urteile im Musterfeststellungsverfahren	174
II. Subjektive Reichweite der Rechtskraft	175
III. Objektive Reichweite der Rechtskraft	175
IV. Zusammenfassung/Fazit	177
C. Die Bindungswirkung des Musterfeststellungsurteils	177
I. Der Begriff des Musterfeststellungsurteils i. S. v. § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	178
II. Voraussetzungen der Bindungswirkung nach § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	179
III. Subjektive Reichweite der Bindungswirkung	180
1. Bindung des Gerichts des Individualverfahrens	180
2. Bindung der angemeldeten Verbraucher	180
3. Bindung des beklagten Unternehmers	181
IV. Objektive Reichweite der Bindungswirkung	182
1. Ausgangssituation und Problematik	182
2. Die objektive Reichweite des Musterentscheids	182
a) Darstellung der Diskussion bei § 22 KapMuG	183
b) Vergleichbarkeit von § 22 KapMuG mit § 613 Abs. 1 ZPO	183
c) Zusammenfassung/Fazit	185
3. Bestimmung des Umfangs der Bindungswirkung	186
a) Der Wortlaut des § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	186
b) Die Systematik von § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	187
c) Das Telos des § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	187
d) Die Gesetzeshistorie	189
e) Zusammenfassung/Fazit	190
4. Maßgeblichkeit des Musterfeststellungsurteils	190
5. Zusammenfassung/Fazit	191
V. Zusammenfassung/Fazit	191
D. Die dogmatische Einordnung der Bindungswirkung	192
I. Interventionswirkung i. S. v. § 68 ZPO	192
1. Darstellung der Interventionswirkung	192
2. Einordnung des § 22 Abs. 1 S. 1, 2 KapMuG	193
3. Vergleich mit § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	194

II.	Innerprozessuale Bindungswirkung	195
1.	Darstellung der innerprozessualen Bindungswirkungen	195
2.	Einordnung des § 22 Abs. 1 S. 1 KapMuG	196
3.	Vergleich mit § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	196
III.	Die Rechtskraftwirkung und ihre Erstreckung auf Dritte	197
1.	Darstellung der Rechtskraftwirkung	197
2.	Die Notwendigkeit der Rechtskrafterstreckung auf Dritte	198
3.	Einordnung des § 22 Abs. 1 KapMuG	198
4.	Vergleich mit § 613 Abs. 1 S. 1 ZPO	199
IV.	Bindungswirkung sui generis	200
V.	Eigene Stellungnahme	200
VI.	Zusammenfassung/Fazit	202
E.	Weitere Wirkungen des Musterfeststellungsurteils	202
I.	Allgemeine Urteilswirkungen des Musterfeststellungsurteils	203
II.	Spezifische Wirkungen des Musterfeststellungsurteils auf kollektiver Ebene	203
III.	Spezifische Wirkungen des Musterfeststellungsurteils auf individueller Ebene	204
1.	Ende der Sperrwirkung nach § 610 Abs. 3 ZPO	204
2.	Wegfall des Aussetzungsgrundes, §§ 613 Abs. 2, 148 Abs. 2 ZPO	204
3.	Die Musterfeststellungswirkung aus Sicht des Individualverfahrens	205
4.	Die bestehende Notwendigkeit der Klärung individueller Fragestellungen	206
5.	Die Problematik individueller Angriffs- und Verteidigungsmittel	207
IV.	Zusammenfassung/Fazit	208
F.	Zusammenfassung/Fazit	208

Kapitel 8

Die Vereinbarkeit der Musterfeststellungsklage mit den Grundsätzen des Zivilprozesses und verfassungsrechtlichen Vorgaben

A.	Prozessmaximen und Verfahrensgrundsätze im Zivilprozess	210
I.	Die Dispositionsmaxime/Der Verfügungsgrundsatz	211
1.	Gegenstand der Maxime	211
2.	Bedeutung im Musterfeststellungsverfahren	212
3.	Fazit zur Dispositionsmaxime	214

II.	Die Verhandlungsmaxime/Der Beibringungsgrundsatz	215
1.	Gegenstand der Maxime	215
2.	Bedeutung im Musterfeststellungsverfahren	216
3.	Fazit zur Verhandlungsmaxime	217
III.	Die Konzentrationsmaxime/Der Beschleunigungsgrundsatz	217
1.	Allgemeine Vorschriften	217
2.	Spezifische Vorschriften des Musterfeststellungsverfahren	218
3.	Fazit zur Konzentrationsmaxime	219
IV.	Der Grundsatz der Mündlichkeit	219
V.	Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	220
VI.	Der Öffentlichkeitsgrundsatz nach den §§ 169 ff. GVG	221
B.	Zusammenfassung/Fazit	222
C.	Verfassungsrechtliche Anforderungen	223
I.	Die Garantie des gesetzlichen Richters nach Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	223
II.	Der Anspruch auf ein faires Verfahren gemäß Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG	225
III.	Der Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit, Art. 3 Abs. 1 i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG	226
1.	Möglichkeit des beklagten Unternehmers zur Einbringung von Feststellungs- zielen	226
2.	Veröffentlichung der MFK im Klageregister	228
IV.	Der Justizgewährungsanspruch aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 20 Abs. 2 GG ...	229
V.	Das Gebot effektiven Rechtsschutzes, Art. 20 Abs. 3 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG ..	230
VI.	Der Anspruch auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG	231
1.	Inhalt des Anspruchs auf rechtliches Gehör und Problematik im Musterfest- stellungsverfahren	231
2.	Ansicht des Gesetzgebers	232
3.	Stellungnahmen in der Literatur	233
4.	Eigene Stellungnahme und Lösungsansatz	234
5.	Zusammenfassung/Fazit	238
D.	Zusammenfassung/Fazit	239

Kapitel 9

Zusammenfassung in Thesen	240
A. Der Streitgegenstand der Musterfeststellungsklage	240
B. Die Rechtshängigkeit des Musterfeststellungsverfahrens	241
C. Das Musterfeststellungsurteil	244
D. Die Vereinbarkeit der MFK mit den Grundsätzen des Zivilprozesses und verfassungs- rechtlichen Vorgaben	245
Literaturverzeichnis	248
Sachverzeichnis	261

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Auffassung/anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V.
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
AG	Aktiengesellschaft/Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BdV	Bund der Versicherten e. V.
BeckRS	beck-online Rechtsprechung
Beil.	Beilage
bek.	bekanntgemacht
Beschl.	Beschluss
BfJ	Bundesamt für Justiz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BörsG	Börsengesetz
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brüssel-Ia-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw.	beziehungsweise
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich Soziale Union in Bayern e. V.
CPO	Civilprozeßordnung
d. h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
DAV	Deutscher Anwaltsverein e. V.
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Diske	Diskussionsentwurf
DJT	Deutscher Juristentag e. V.
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DZWIR e. V.	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht eingetragener Verein
ebd.	ebendort
EG	Europäische Gemeinschaft
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
einschr.	einschränkend
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende/fortfolgende
F. R. C. P.	Federal Rules of Civil Procedure
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
FDP	Freie Demokratische Partei e. V.
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
Grdz.	Grundzüge
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h. M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch

Hrsg.	Herausgeber
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten (Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
krit.	kritisch
LG	Landgericht
Lit.	littera/Buchstabe
LLP	Limited Liability Partnership
m.	mit
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MFK	Musterfeststellungsklage
MFU	Musterfeststellungsurteil
MFV	Musterfeststellungsverfahren
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OLG	Oberlandesgericht
qual.	qualifizierte
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
S./s.	Seite/Satz/siehe
sog.	sogenannte/s/r
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
u. a.	und andere
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherechts- und anderen Verstößen
Urt.	Urteil
US/USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung

Vor	Vorbemerkung
VuR	Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht
VW AG	Volkswagen AG
vzbv	Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zustimmend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Kapitel 1

Einleitung

A. Anlass der Untersuchung

Anlass dieser Arbeit ist die Einführung der MFK¹, mit der erstmals ein Rechtsschutzinstrument kollektiver Natur für allgemeine Verbraucherangelegenheiten in der Zivilprozessordnung vorgehalten wird. Gegenüber dem herkömmlichen Zivilprozess und seiner Ausgestaltung weißt diese neue Klageart zahlreiche Besonderheiten auf. Die Ausgestaltung des Verfahrens und des abschließenden MFUs unterscheiden sich von dem bislang existierenden ordentlichen Erkenntnisverfahren und dem tradierten Verständnis des Zivilprozesses. Auch wurden neue Begrifflichkeiten in die Zivilprozessordnung eingeführt und ihr eine in systematischer Hinsicht grundlegend neue Klageart inkorporiert. Bereits während des Gesetzgebungsverfahrens wurde nicht nur die tatsächliche Effektivität der Klage in Frage gestellt, sondern vor allem auch das Spannungsverhältnis von in der Verfassung garantierten Individualrechten zum Erfordernis prozessualer Kollektivierung bei Massenverfahren als Grunddilemma des Kollektivrechtsschutzes im deutschen Zivilprozess thematisiert.

Die folgende Untersuchung macht es sich zur Aufgabe, das neue Klageinstrument eingehend zu betrachten. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Analyse des Streitgegenstandes der MFK, ihrer Rechtshängigkeit und schließlich auf der Betrachtung des MFUs, welches durch seine Bindungswirkung gegenüber den angemeldeten Verbrauchern charakterisiert wird. Ausgehend von den etablierten Lehren zum herkömmlichen Zivilprozess werden diese drei Aspekte der MFK aus dem Blickwinkel der verfassungsrechtlichen Vorgaben und der Systematik der Zivilprozessordnung untersucht. Hierzu werden auch die zum KapMuG getroffenen Erkenntnisse herangezogen, welche zusammen mit den bestehenden Verbandsklagen als Vorlage für die MFK dienen. Im Fokus der Betrachtungen steht somit eine dogmatische Untersuchung der neu geschaffenen Klageart mit dem Ziel, einerseits ihre Stringenz und andererseits ihre Kompatibilität mit der Systematik der ZPO zu prüfen. Hierdurch sollen Spannungsfelder herausgearbeitet und Verbesserungspotential aufgezeigt werden. Ergänzt wird diese Betrachtung mit einer Einführung in den kollektiven Rechtsschutz und einem Blick auf die bis dato bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sowie in der Praxis entwickelte Lösungs-

¹ Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage, BGBl. I Nr. 26 v. 19.07.2018, S. 1151–1155.

ansätze zur Bewältigung kollektiver Schäden. Hierdurch sollen die bestehenden Lücken der kollektiven Rechtsdurchsetzung aufgezeigt werden, die im Idealfall nun mit der MFK geschlossen werden. Rechtspolitische Ausführungen sowie die äußerst kontrovers diskutierte Frage der tatsächlichen Effektivität der MFK in der Praxis stehen nicht im primären Blickpunkt der Arbeit und erfolgen daher – nicht zuletzt fehlt es hierzu bislang an verwertbaren Erfahrungssätzen – nur wohl dosiert an geeigneten Stellen.

B. Gang der Untersuchung

Die Arbeit gliedert sich in neun Kapitel. Sie kann im Wesentlichen in drei Teile unterteilt werden: In einen vorbereitenden allgemeinen Teil, der sich mit den Hintergründen der MFK und dem kollektiven Rechtsschutz im Allgemeinen beschäftigt, sowie in einen auf die dogmatische Untersuchung der MFK und ihre Adaption im Zivilprozess konzentrierenden Teil. Der dritte Teil bewertet schließlich die Untersuchungsergebnisse aus dem Blickwinkel der zivilprozessualen Grundsätze und verfassungsrechtlichen Vorgaben. Die aus der Untersuchung gezogenen Thesen schließen die Arbeit ab.

Im Anschluss an diese Einleitung wird zunächst im zweiten Kapitel ein Blick auf den kollektiven Rechtsschutz und seine Besonderheiten geworfen. Es erfolgt hierbei eine Einführung in seine Systematik und Terminologie. Gegenstand des dritten Kapitels ist die Einführung der MFK. Nach einem Blick auf das Gesetzgebungsverfahren und die Regelungsziele der Klage, wird der Ablauf eines Musterfeststellungsprozesses skizziert. Anhand dieses Überblicks über das Verfahren und seiner Spezifikationen soll ein grundlegender Eindruck des Konzepts der MFK gewonnen werden, bevor auf alternative Rechtsschutzinstrumente und Lösungsansätze eingegangen wird. Das sich daran anschließende vierte Kapitel konzentriert seine Betrachtung auf die vorhandenen kollektiven Instrumente im deutschen Rechtssystem. Bereits bestehende kollektive Klagemöglichkeiten und bislang existierende Möglichkeiten zur Bündelung von Verfahren werden samt ihren Vor- und Nachteilen vorgestellt. Ziel ist es, die hierbei bestehenden Lücken aufzuzeigen, die das Musterfeststellungsverfahren nach Vorstellung des Gesetzgebers füllen soll.

Nach diesen allgemein gehaltenen Ausführungen zur Situation des kollektiven Rechtsschutzes und der MFK im Ganzen, folgt schließlich im fünften Kapitel die Untersuchung des Streitgegenstandes des MFVs. Dessen Konzeption und Ausgestaltung wird eingehend beleuchtet und rechtssystematisch verortet. Das sechste Kapitel widmet sich schließlich der Rechtshängigkeit der MFK. In diesem Zusammenhang sind vor allem Aspekte des laufenden MFV von Interesse, die auch aus dem Blickwinkel der angemeldeten Verbraucherinnen und Verbraucher² zu be-

² Im Folgenden wird zum Zwecke der einfacheren Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich bezieht sich diese Formulierung stets auf beide Geschlechter.

leuchten sind. Die Besonderheiten des MFUs werden schließlich im siebten Kapitel untersucht. Seine Eigenschaft als Feststellungsurteil und die Bindungswirkung, die als das „Herzstück“³ des MFVs bezeichnet werden kann, werden eingehend analysiert und rechtsdogmatisch untersucht.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen wird die MFK samt den Untersuchungsergebnissen im achten Kapitel auf den Prüfstand gestellt und die Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des Zivilprozesses untersucht. Hierbei steht vor allem die Wahrung verfassungsrechtlicher Grundsätze im Fokus der Betrachtungen. Den Schluss der Arbeit bildet eine Zusammenfassung der Untersuchungen in Form von Thesen.

³ *Augenhofer*, in: *Vorwerk/Wolf*, § 613 Rn. 1.